

Nr. 314.

Gendarmeriestation Pfeffenhausen.

Pfeffenhausen, den 21. Februar 1938.

An

das Bezirksamt Rottenburg, Niederb.

Betreff:

Monatsberichte für Februar 1938.

Sicherheitszustand gut.

Sicherheitsstörungen sind im verg. Monate nicht vorgefallen.

Die innerpolitische Lage hat sich im Berichtsmonat auf dem Lande nicht geändert. Staatsfeindliche Bestrebungen der früheren marxistischen Parteien konnten nicht wahrgenommen werden.

In der Kirchenpolitik hat sich in der Weise etwas ereignet, daß auf Grund der Auflösung der Jugendorganisationen am 6. II. 38 in sämtlichen Pfarrkirchen des Dienstbezirkes ein Hirtenbrief verlesen wurde. In diesem Hirtenbriefe, der von den Bischöfen Bayerns unterzeichnet war, wurde Stellung gegen die Auflösung der Jugendorganisation genommen. Ganz besonders wurde dabei hervorgehoben, daß die Jugendorganisationen Bayerns rein kirchliche Organisationen seien und deren Auflösung im

kraßem Widerspruch mit dem Konkordat stehe. In dem Inhalt des betreffenden Hirtenbriefes hieß es auch, daß diese Organisationen vom Staate zwar als aufgelöst erklärt wurden, aber im kirchlichem Sinne werden sie noch fortbestehen. Diese Organisationen, so hieß es weiter, haben sich noch nie politisch betätigt u. werden sich auch nie auf diese Weise betätigen. Zuletzt forderten die Bischöfe die Angehörigen bzw. Mitglieder der betreffenden aufgelösten Organisationen auf, auch weiterhin Disziplin u. Ruhe zu bewahren.

Die Stimmung und Meinung über die Auflösung dieser Organisation seitens der Bevölkerung ist geteilt u. mehr zurückhaltend. Man konnte jedoch trotz der Zurückhaltung herausfinden, daß die Mehrheit gegen die Auflösung dieser Organisationen eingestellt ist. Immer wieder hört man die Worte: -Ja was hat denn eine Jungfrauenkongregation mit der Politik zu tun oder wie könnte diese nur staatsfeindlich sein. //

Bei der Verlesung des betr. Hirtenbriefes wurden von den amtierenden Geistlichen keinerlei Zusätze gemacht. Auch anderweitige Provokation durch die Geistlichen wurde bisher nicht geführt.

Die wirtschaftliche Lage ist im allgemeinen unverändert. Preissteigerungen, ganz besonders bei den Lebensmitteln, haben sich nicht gezeigt. Mangel an Lebensmitteln oder anderen Artikeln wurden nicht bekannt. Auch bezüglich der Einkaufsmöglichkeit wurden keine Klagen laut.